

# Geschäftsbericht

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände  
Sachsen-Anhalt e. V.

2025



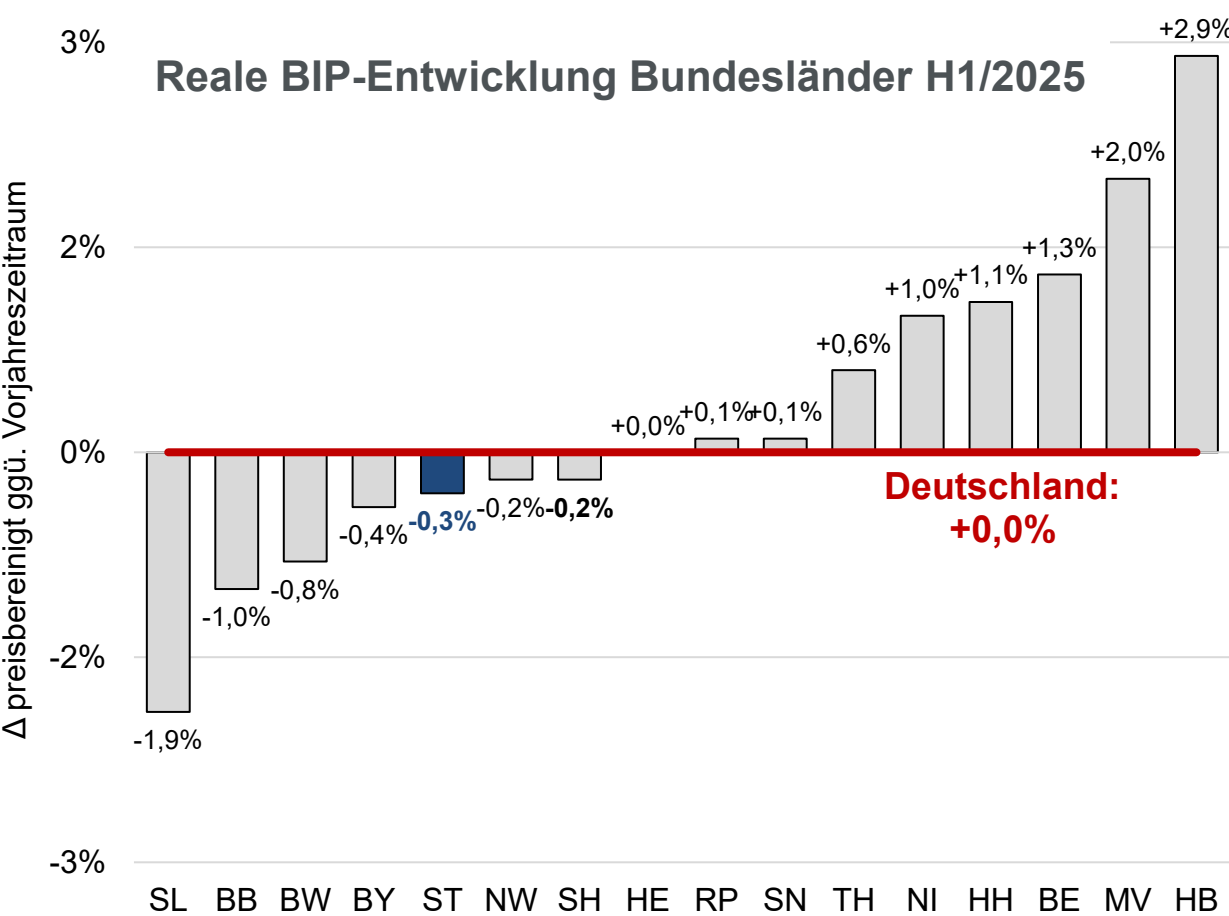
# Gliederung

1. Bericht des Präsidiums zum Geschäftsjahr 2025
  - 1.1 Konjunkturelles Umfeld
  - 1.2 Interessenvertretung

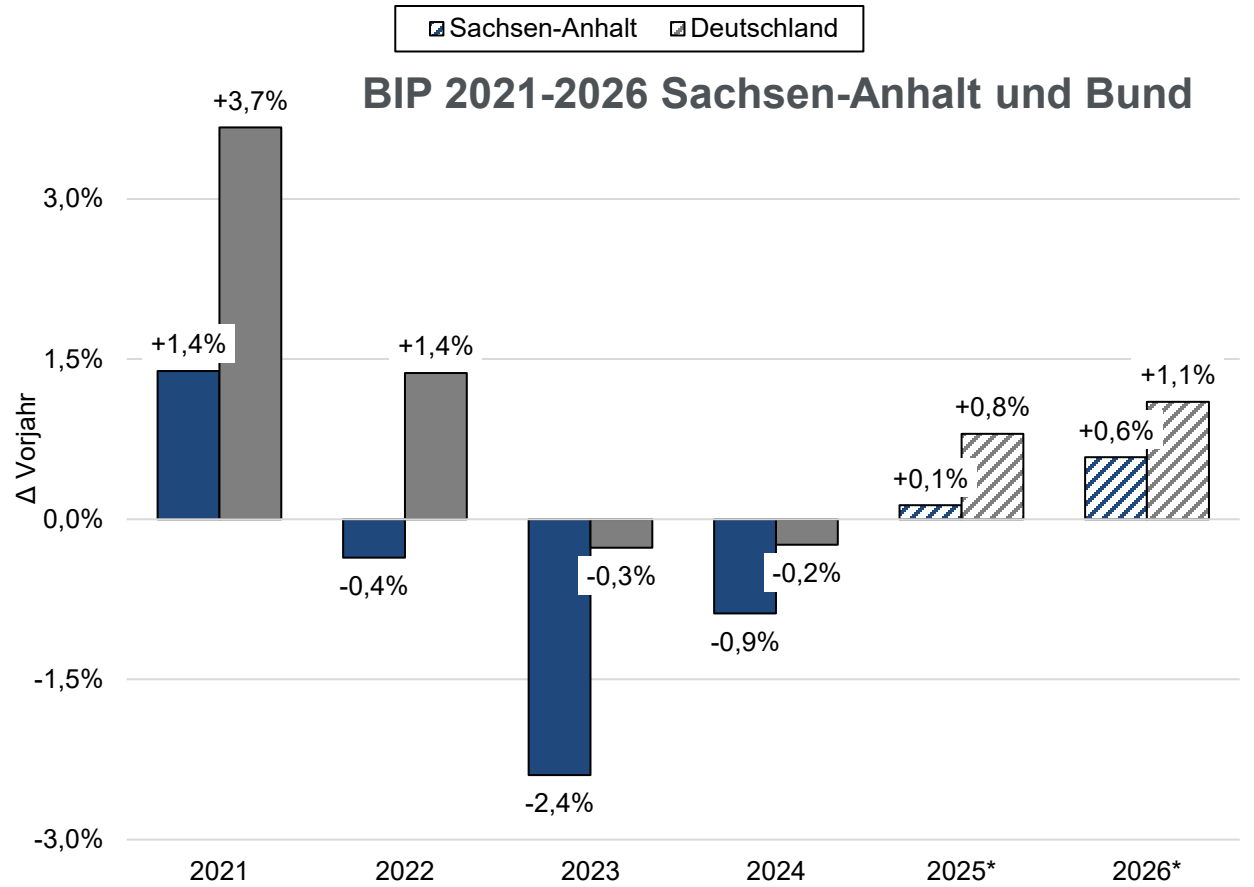
# **1. Bericht des Präsidiums zum Geschäftsjahr 2025**

## **1.1 Konjunkturelles Umfeld Sachsen-Anhalt**

Wirtschaft im Spannungsfeld von Standortdefiziten, internationalen Krisen und Protektionismus  
Bundesländern mit hoher Energieintensität und hohem Industrieanteil tendenziell schwächere Entwicklung

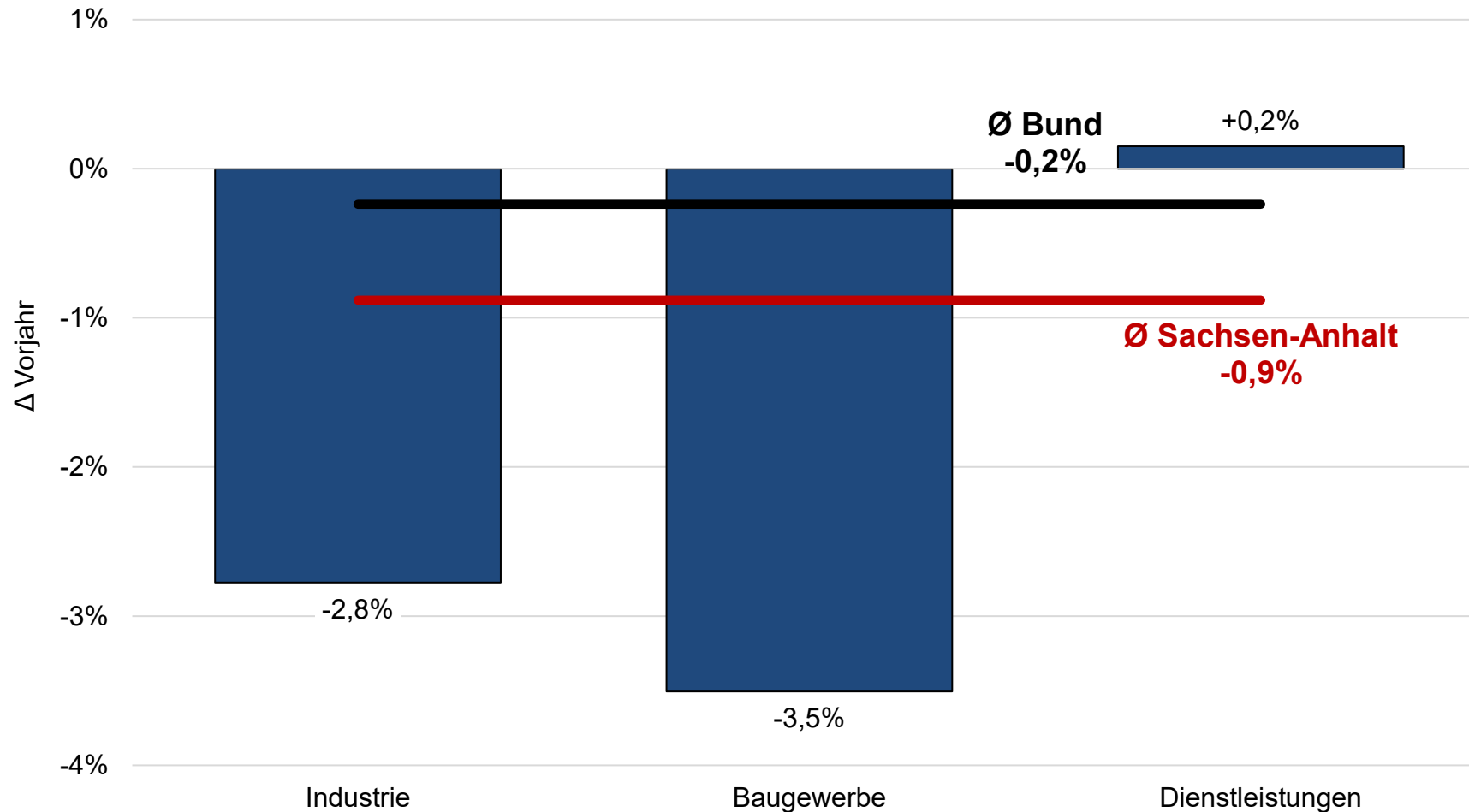


Quelle: AK VGR, Stat. Ämter der Länder (Sep 2025); Dar. imreg (2025)



Anmerkungen: Neue Länder inkl. Berlin; \* ConsensusForecast  
Quelle: AK VGR der Länder; ifo Dresden (Dez 2025); Ber. imreg (2025)

### Reale Wertschöpfungsentwicklung Sachsen-Anhalt 2024



#### Sachsen-Anhalt abermals mit schwächerer Entwicklung als Bund

- bedeutende Verluste an Bruttowertschöpfung im Maschinenbau, Chemie und Nahrungsmittelindustrie führen zu Verlusten im Produz. Gewerbe
- DL legen insgesamt zu (+0,2%), jedoch weniger als bundesweit (+0,9%) – aber nur aufgrund des öffentlichen Sektors
- private DL schrumpfen entgegen dem Bundestrend
- BIP je Erwerbstätigen erreicht 86% des Bundesniveaus und sank preisbereinigt ggü. dem Vorjahr (-0,4%)
- Erwerbstätigkeit schrumpfte (-0,4%) auf 989 Tsd.

Anmerkungen: \* inkl. persönlicher und sonst. Dienstleistungen  
Quelle: AK VGRdL, R1B1; Dar. imreg (2025)

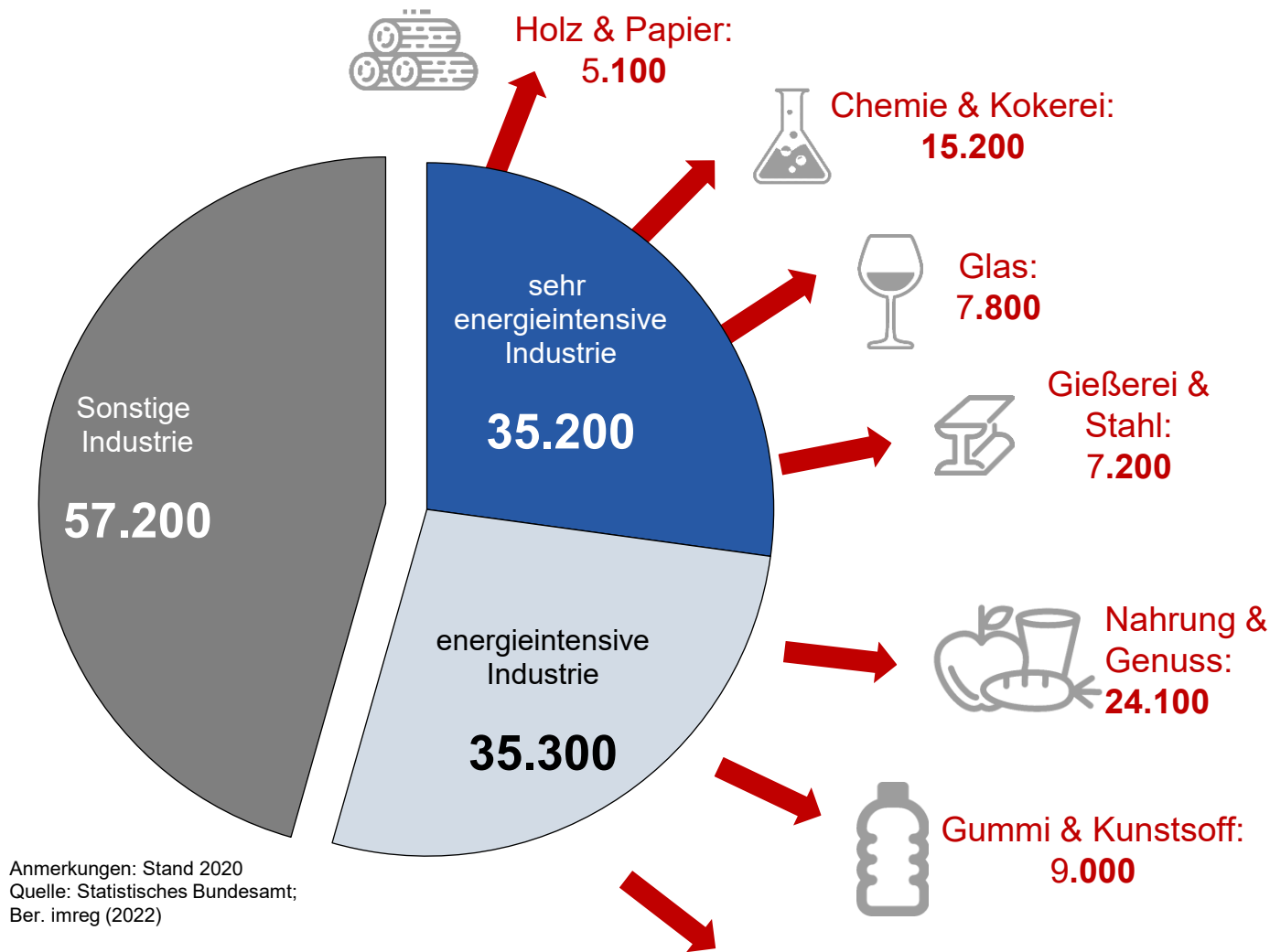
### Hausgemachte Standortplagen für die Wirtschaft am Standort Deutschland

- Hohe Energiekosten und Versorgungssicherheit,
- Bürokratiekosten und überbordende Regulierung,
- Hohe Arbeitskosten,
- Hohe Steuern- und Abgabenlast

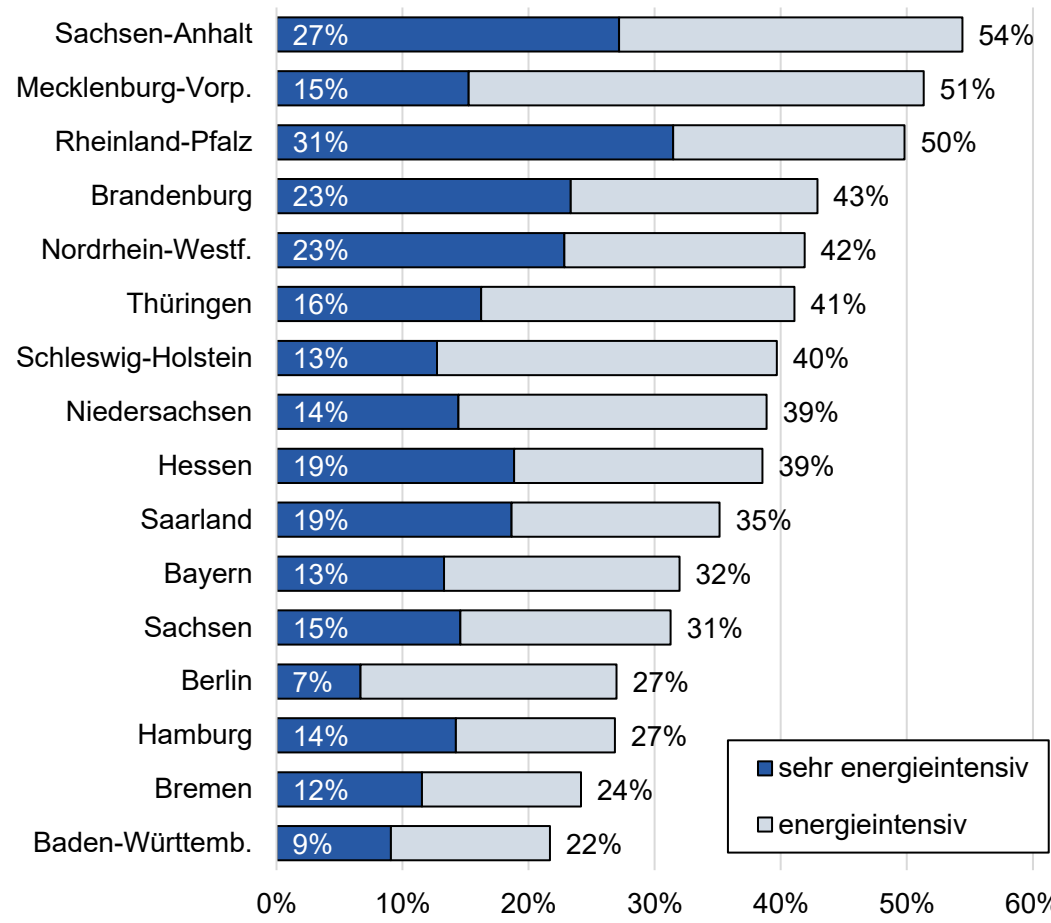
**Internationale Krisen und Konflikte, Störung globale Lieferketten, zunehmender Protektionismus.**

**Risiken der demografischen Entwicklung.**

Sachsen-Anhalt wie kein anderes Bundesland von energieintensiven Industrien geprägt



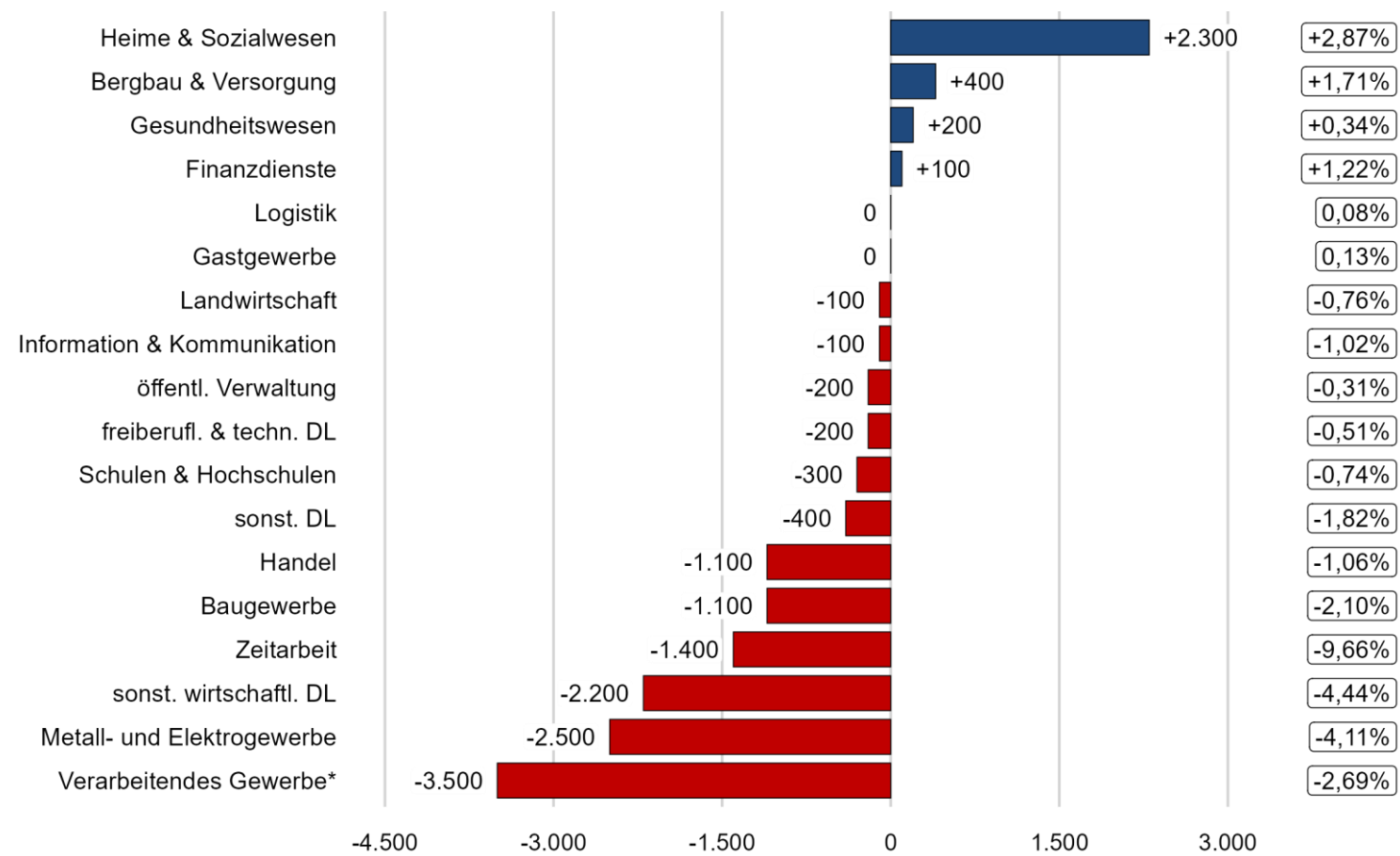
Anteil energieintensiver Industrien



Anmerkungen: Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes ab 20 Beschäftigten; Stand 2022  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Ber. imreg (2022)

Stellenabbau hat sich verlangsamt – aber das Gros der Stellen kommt weiter aus dem öffentlichen Sektor

Δ SV-Beschäftigung nach Branchen, Dez 2025 ggü. Vorjahr



| Δ Dez 2025<br>ggü. Vorjahresmonat |         |
|-----------------------------------|---------|
| ST                                | DE      |
| -4.400                            | -39.700 |
| -0,9 %                            | -0,1 %  |

Anmerkungen: Stand Dez 2025, vorl. hochger. Zahlen; \* inkl. M+E-Gewerbe  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Dar. imreg (2026)



### Bürokratiekosten und überbordende Regulierung

**Rund 70 Milliarden Euro pro Jahr zahlen deutsche Unternehmen ausschließlich dafür, um Bürokratie zu bewältigen, Berichtspflichten nachzukommen und Vorschriften zu erfüllen.**

Abbau von Regulierung? Beispiele bundespolitischer Vorhaben:

- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – EU hat geliefert, aber Blockade BMAS
- Bundestariftreuegesetz am 1. Mai in Kraft getreten
- Nationale Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie droht
- Arbeitszeitreform aufgeschoben
- Positiv: Digitalministerium arbeitet aktiv an Verwaltungsdigitalisierung

### Arbeitskosten/Lohnzusatzkosten

#### Krankenkassen: Zusatzbeitrag steigt deutlich

So viel Prozent betrug der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland



2019    2020    2021    2022    2023    2024    2025

0,9    1,1    1,3    1,3    1,6    1,7    2,9

2019 bis 2024: Daten des GKV-Schätzerkreises

2025: IW-Berechnungen aufgrund der bis Ende März verfügbaren Daten

Quellen: GKV-Spitzenverband, Techniker Krankenkasse, Institut der deutschen Wirtschaft

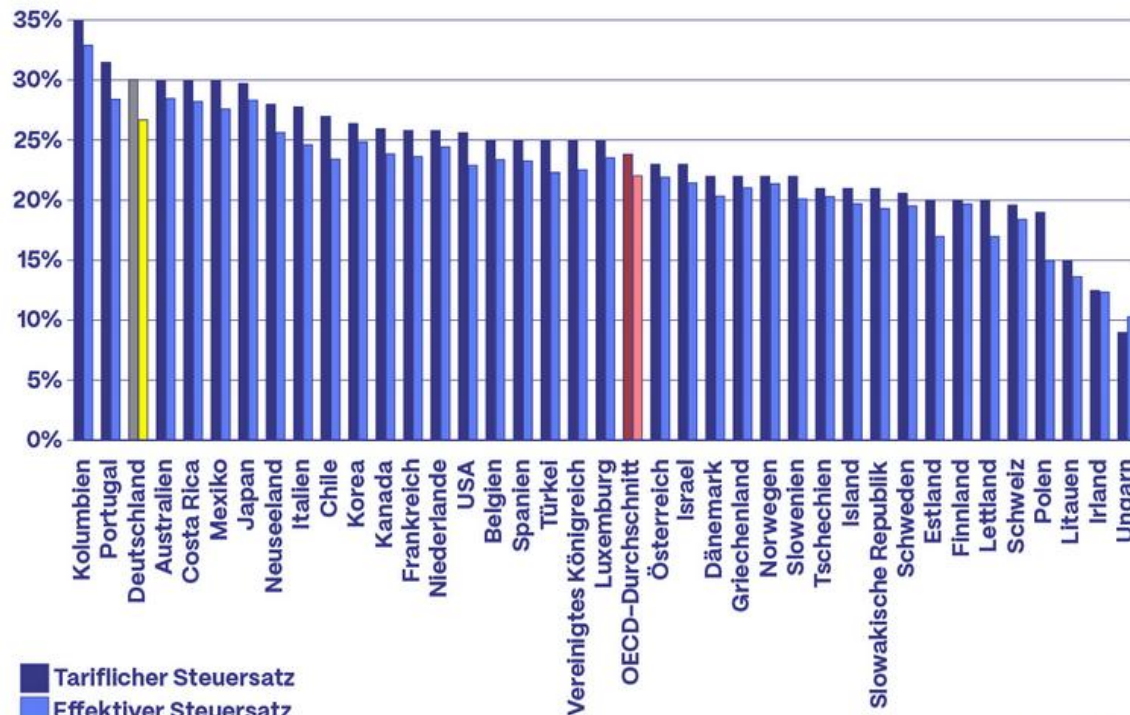
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

- überproportionale Mindestloohnerhöhung:
  - 2025 = 12,82€
  - 2026 = 13,90€
  - 2027 = 14,60€
- 40-Prozent-Ziel bei den Sozialversicherungsbeiträgen?  
2026: 42,96 % Perspektive 2035 ca. 50 %
- Rentenpaket 2025 (u. a. Mütterrente), Rentenreform offen
- GKV-Reform mit Einsparungen aber auch neuerlichen Belastungen der Beitragszahler
- Sozialstaatsreform zielt auf Vereinfachung löst aber kein Finanzierungsproblem

### Steuern- und Abgabenlast

#### Tarifliche und effektive Steuersätze für Kapitalgesellschaften



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis von OECD, 2026c; 2026d

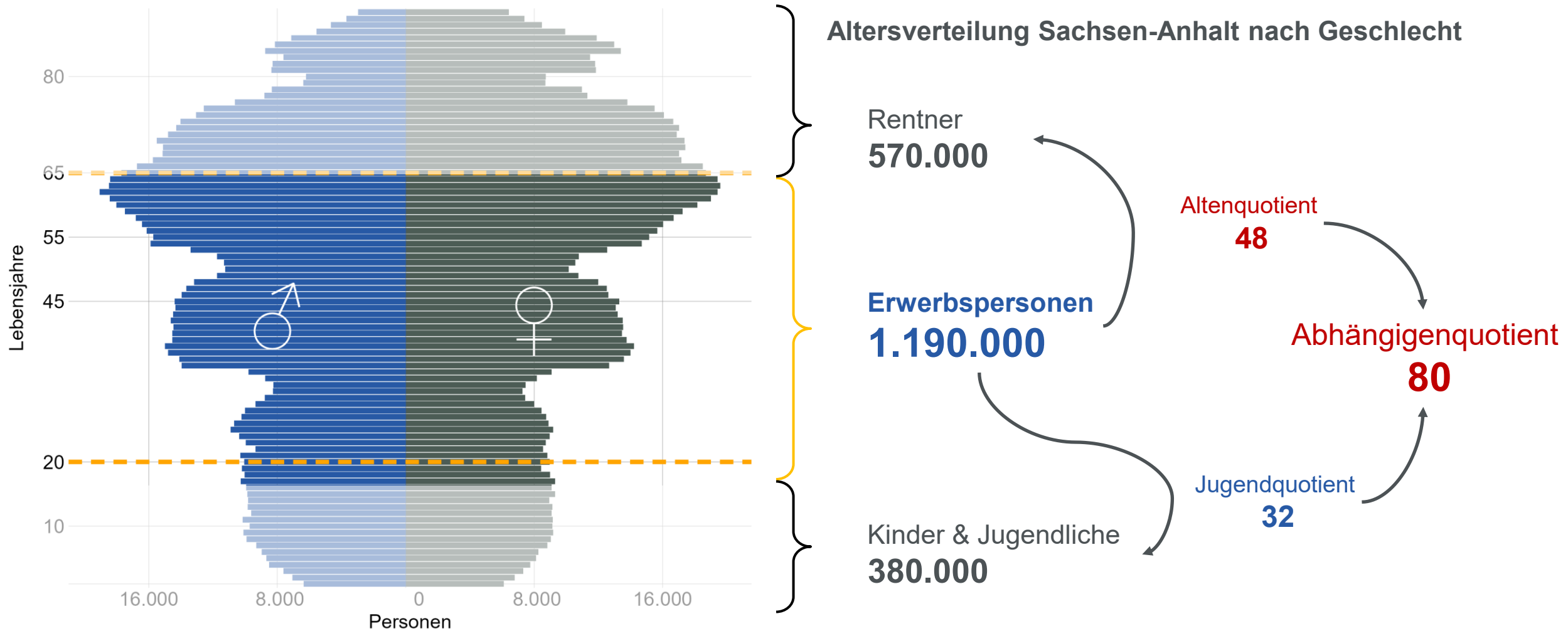
INSM

- Deutschland ist Hochsteuerland für Kapitalgesellschaften mit 30,1 %
- gleiches trifft auf die Einkommenssteuer zu – vom Einkommen verbleiben 52 % beim alleinstehenden Arbeitnehmer
- 70 % der Unternehmen in D sind als Personengesellschaften/Einzelunternehmer einkommensteuerpflichtig. Dieses Steueraufkommen machte zusammen mit den Sozialversicherungsbeiträgen im Jahr 2020 rund zwei Drittel aller Steuer- und Abgabenzahlungen aus. Das war ein deutlich höherer Anteil als in vielen anderen Ländern.

#### Bisherige politische Maßnahmen:

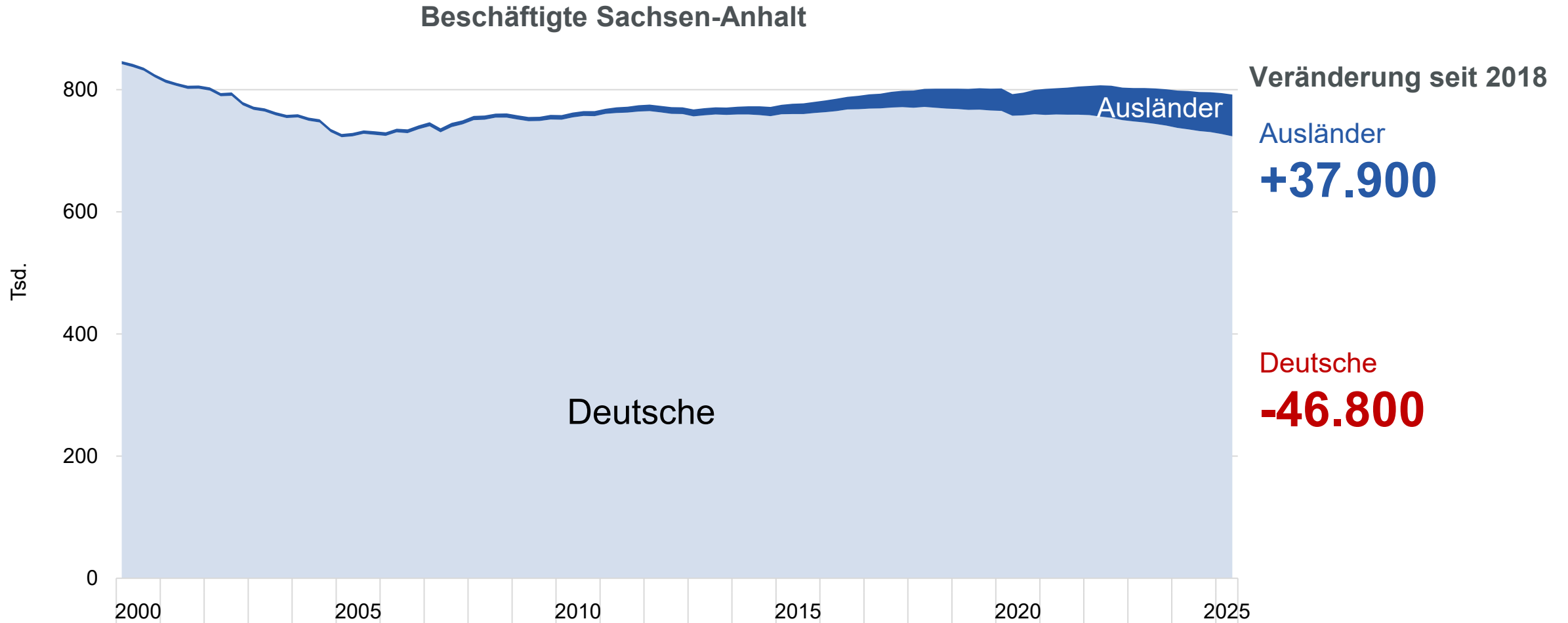
- verbesserte Abschreibungsmöglichkeit
- schrittweise Senkung der Körperschaftssteuer ab 2028 von 15 % auf 10 %

### Die Demografie ist Sachsen-Anhalts tickende Zeitbombe



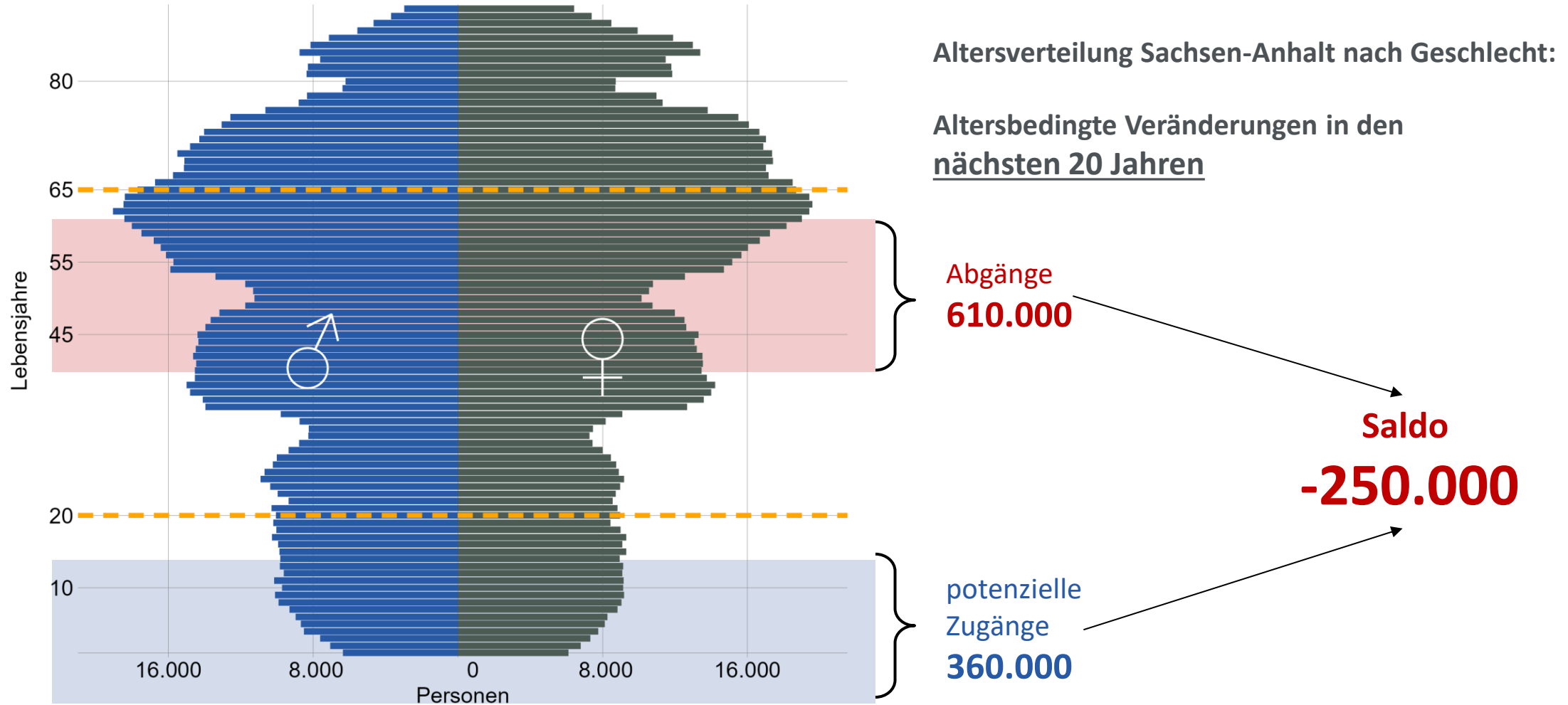
Anmerkungen: Stand 2024; Quelle: Statistisches Bundesamt; Ber. imreg (2025)

### Beschäftigungsniveau in Sachsen-Anhalt nur dank Ausländern bislang nicht deutlich stärker geschrumpft



Anmerkungen: kalender- und saisonbereinigte Werte; Stand Q2/2025  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Ber. imreg (2026)

### Die Demografie ist Sachsen-Anhalts tickende Zeitbombe



Anmerkungen: Stand 2024; Quelle: Statistisches Bundesamt; Ber. imreg (2025)

# **1. Bericht des Präsidiums zum Geschäftsjahr 2025**

## **1.2 Interessenvertretung**

- Sozialabgaben auf 40 Prozent begrenzen
- Lasten wachsen - Bürokratie sofort abbauen
- Durchgreifende Steuerreform
- Staatsausgaben begrenzen
- Wirtschaftswachstum muss Priorität haben
- Infrastruktur sanieren – Sondervermögen zweckentsprechend verwenden

**Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger, BDA:**

*"Unter Arbeitgebern habe ich schon lange nicht mehr so viel Enttäuschung über die Arbeit einer Bundesregierung erlebt. Diese Enttäuschung ist tief und sie wächst weiter. Ich begegne vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, die klar zu Deutschland stehen und investieren wollen. Doch immer häufiger scheitert das nicht am Willen, sondern an den Rahmenbedingungen. In Tschechien, Rumänien, Polen und Ungarn sind die Standortbedingungen oft viel besser für sie."*



© BDA | Laurence Chaperon



### Mitteldeutsche Zusammenarbeit und gemeinsame Positionierung:



- Gemeinsame Positionierung ggü. der BDA im Vorfeld der Sitzung der Mindestlohnkommission (Einführung des 60 % Medianlohns als Kriterium der Geschäftsordnung)
- Bundestariftreuegesetz (gemeinsamer Brief an den Kanzler) sowie gemeinsamer Medienaufschlag „Tarifautonomie statt Tarifzwang“
- Abstimmung und gemeinsame Positionierung im Rundfunkrat
- Gemeinsame Verlautbarung zur Bilanz nach einem halben Jahr Bundesregierung

### AWSA

#### Landeshaushalt

- **Warnung an Landesregierung**
  - Land verfügt in den kommenden Jahren über weniger Einnahmen
  - Landesregierung/Ministerien müssen stärker sparen und strukturelles Defizit einhalten
  - AWSA-Vorschlag: alle Ausgaben auf den Prüfstand & Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen
  - Forderung: Einstellungsstopp der Haushaltsjahre 2025/2026 fortsetzen

#### Stellungnahmen

- **Tariftreue- und Vergabegesetz**
- **Bildungszeitgesetz**
- **Praxislertage für Sekundarschulen**
- **Fachlehrplan Wirtschaft an Gymnasien**
- **GRW-Richtlinie**

### Gremienarbeit / Ausschüsse

- Fachkräftesicherungspakt
- Umweltallianz Sachsen-Anhalt
- Begleitausschuss Europäische Strukturfonds des Finanzministeriums
- Tarifausschuss des Landes Sachsen-Anhalt
- Ehrenamtliche Richter in der Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit
- Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt
- Landesausschuss für Berufsbildung
- Rundfunkrat MDR, Landesmedienausschuss
- Landesschulbeirat, Landesbehindertenbeirat
- Landesbeirat Übergang Schule Beruf

### Gremienarbeit in der sozialen Selbstverwaltung

- Vorstand der Rentenversicherung Mitteldeutschland
- Widerspruchsausschuss Reha der Bundesagentur für Arbeit
- Verwaltungsrat AOK Sachsen-Anhalt

Insgesamt entsenden die AWSA über **120 Vertreter in alle Gremien.**

### Sozialwahlen

- Gewinnung der Vertreter der Arbeitgeberbank
- Schulung / Unterrichtung der Vertreter

### Medienarbeit

- **2025: einsetzender Landtagswahlkampf** – Nachfragen u. a. – wie hältst du's mit der AfD?
- **Hauptnachfrager:** MDR Hörfunk und Fernsehen, Volksstimme, Mitteldeutsche Zeitung
- **Topthemen:** Wirtschaftliche Situation , Verwaltungsdigitalisierung, Landesfinanzen, 4-Tage-Woche, Mindestlohn, Bundestariftreuegesetz, Bildungszeitgesetz



#### Gemeinsame Pressemitteilung der Mitteldeutschen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände

**Zu hoher Mindestlohn bedroht das soziale Leben, vor allem im ländlichen Raum – Lebensqualität lässt sich nicht herbeifördern**

Magdeburg, 26. Juni 2025

Deutschland ist kein Billiglohnland. Unsere Unternehmen sind im internationalen Vergleich äußerst produktiv und zahlen deshalb hohe Löhne. Der deutsche Staat untergräbt diese gute Ausgangslage durch eine überzogene Steuer- und Abgabenbelastung. Dazu muss man nicht zu den Spitzenverdienern gehören, schon bei Mindestlohnempfängern wird kräftig zugelangt.

Eine Vollzeit-Arbeitskraft (40 Stunden/Woche) kostet einen Arbeitgeber schon beim aktuellen Mindestlohn von 12,82 EUR im Jahr rund 32.400 EUR. Doch davon bleibt dem Arbeitnehmer nicht viel übrig: Steuern und Sozialabgaben summieren sich auf 13.100 EUR. Mit anderen Worten: Über 40 Prozent dessen, was zuvor erwirtschaftet werden musste, fließen in der einen oder anderen Form an den Staat. Dem Arbeitnehmer verbleiben am Ende nur noch 19.200 EUR.

Das eigentliche Problem sind nicht die zu geringen Löhne, sondern die Belastung der Arbeitsleistung, die zu hoch ist. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass sich Arbeiten oftmals nicht lohnt. In keinem anderen Land ist die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit so gering wie in Deutschland (1.343 Stunden gegenüber 1.742 Stunden im OECD-Durchschnitt) und unmittelbar mit der hohen Abgabenbelastung von Arbeit verknüpft. Wer für soziale Gerechtigkeit eintritt, muss für eine Entlastung der Arbeit von Steuern und Abgaben sorgen. Der Mindestlohn löst dieses Problem nicht.

### Veranstaltungen

- **PolitikDIALOG** – Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU Guido Heuer
- **Tag des Ehrenamtlichen Richters** in der Arbeitsgerichtsbarkeit im HAUS DER WIRTSCHAFT
- **Gespräch** mit dem Fraktionsvorsitzenden der FDP im Bundestag Christian Dürr



### Verbändepapier

- **April 2025: Abstimmung** mit den Mitgliedsverbänden
- **Juni 2025:** Erste Ideenskizze und –sammlung
- **September 2025:** Präsidium und Vorstände bestätigen Verbändepapier
- **Oktober 2025:** Beauftragung imreg Dresden mit Ausarbeitung eines wirtschaftspolitischen Papiers
- **Juni 2026:** Finale Fassung wird abgestimmt



### WAHLARENA

- **Auftakt** am 5. Mai 2026 in der Hyparschale Magdeburg
- **alle** Spitzenkandidaten erstmalig auf einer Bühne im Wettstreit
- **200** Unternehmer, Firmenchefs und Wirtschaftsvertreter sind zu Gast
- umfangreiche Medienberichterstattung (auch überregional)

